

Ulrich
Sander

KILLER

FÜR 15 PFENNIG



Seit einem Jahr wird gegen eine tragende Säule des Kapitalismus in Straßendemonstrationen protestiert: gegen die Macht des Großverlegers Axel Springer. Als vor einem Jahr ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration erschoss, als im April dieses Jahres ein antikommunistisch Verhetzter einen Mordanschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke verübte, wurde in machtvollen Demonstrationen vorwiegend junger Menschen die Forderung "Enteignet Springer" laut, denn, so hieß es auf den Schildern der Demonstranten, "BILD hat mitgeschossen".

Seitdem der politische Mord wieder zum Instrument der Reaktion gegen die Demokratisierung der Gesellschaft geworden ist, verstummte die Auseinandersetzung um den Hamburger Konzern nicht mehr. Zu gut war die Hetze in Erinnerung, mit der die Springer-Presse erst jene Pogromstimmung gegen Oppositionelle schuf, als Vorbedingung für den politischen Mord. Wie anders, als durch die ständige Wiederholung von Begriffen wie "Radikalinskis", "FU-Chinesen", "Hirnverbrannte Verschwörung", "Rüde Burschen", "Radikale Einpeitscher", "Mob", "notorische Radaumacher, geschulte Kommunistische Straßenkämpfer und amüsierte Nichtstuer", "Krawall-Radikale" konnten der Anschlag auf Dutschke ("weil er Kommunist ist") und

der Ausspruch eines vom Fernsehen interviewten Bürgers möglich werden, der den Einsatz von Flammenwerfern anstelle der Wasserwerfer der Polizei gegen Demonstranten empfahl.

Bevor er selber ein Opfer der antikommunistischen Hysterie wurde, hat der ermordete US-Senator Robert Kennedy - gleichsam als sein Vermächtnis - in einem Interview mit dem Pariser "Figaro" erklärt: "Weil irgendso ein Kerl hier Martin Luther King tötete, versucht sofort ein Angesteckter einen deutschen Studentenführer umzubringen. Man müßte eine gründliche Untersuchung machen lassen über die seelischen Verwundungen, die einem Menschen durch die Massenmedien zugefügt werden, durch die Schaffung dramatischer Stimmungen, mit einem Bedürfnis zu einem spektakulären Ereignis." Dieser Ausspruch Kennedys wurde von der Springer-Presse unterschlagen. Schlechtes Gewissen? Hat sie ein Gewissen?

Bundeskanzler Kiesinger formulierte ahnungsvoll: "Man sagt Springer und meint uns." Und der Publizist H. G. von Studnitz sprach die Sorgen der wirtschaftlich und politisch Herrschenden aus, allerdings nicht berücksichtigend, daß ein Monopol in Meinung ungleich schwerer wiegt als ein Monopol in Backpulver, Stahl und Versandhausartikeln: "Wenn Springer enteignet

würde, wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis Neckermann und Schickedanz, Horten und Oetker, Thyssen und Grundig und andere freie Unternehmer das gleiche Schicksal trifft."

Sie eilen alle, ihm ihre Ergebenheit zu erweisen: die SPD-Führer Barsig, Brandt, Groß, Möller und Wehner, die sich 1965 in persönlichen Briefen an Springer für einen Anti-Springer-Artikel des SHB-Organs "Fronta entschuldigten, der Bundespräsident Lübke ("Hier springt eine ganz klare Quelle") und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lemke (CDU): "Axel Springers Presse vertritt die Dinge für die wir alle eintreten. Ohne eine solche Presse ist es nicht möglich, dem Frieden und der Wiedervereinigung zu dienen."

Dieser "Dienst" der Springerpresse vollzieht sich mit Hetzkampagnen gegen Demokraten, gegen die DDR, mit der Unterstützung von Agentengruppen gegen den Osten, mit dem Boykott anderer Zeitungen über die von Springer abhängigen Vertriebsunternehmen, mit der Schädigung der Konkurrenten durch Druck auf dem Anzeigenmarkt, mit Fälschung und Lüge. Und das sind die "Diener": die allesamt aus der NS-Zeit belasteten Journalisten Walter Görnitz, K. Holzhausen, Dr. H. J. Kausch, Dr. Gerhard Starke, Georg Schröder, Wolfgang Hicks, Winfrid Martini, Dr. Heinz Pentzlin

Ulrich Sander

Entmachtet Springer!

Die demokratische Öffentlichkeit hat im Springer-Konzern zwei Feinde, die eng miteinander korrespondieren:

- das mächtige Zeitungsmonopol, das die Vielfalt der Träger veröffentlichter Meinung einschränkt, in einigen Städten sogar beseitigt, die Unabhängigkeit der Journalisten abschafft und die Freiheit eines reichen Mannes garantiert, ausschließlich seine Meinung zu verbreiten,

- und andererseits das reaktionäre politische Programm des Konzerns, das gegen die Demokratisierung der Gesellschaft, gegen friedliche Beziehungen unter den Staaten gerichtet ist und sich als ideologische Waffe der Herrschenden gegen die Beherrschten erweist.

Zum ersten: Springers Imperium auf dem Zeitungsmarkt ist mächtig wie nie zuvor. Sein Umsatz beträgt fast eine Milliarde DM jährlich. Es ist - ungeachtet der Art seiner Produkte - allein wegen seiner unkontrollierten wirtschaftlichen Macht, die sich in politische Macht ummünzt, eine Gefahr für die abhängig beschäftigte übergroße Mehrheit des Volkes. Über dieses mächtige Wirtschaftsinstrument, das mit hochentwickelter Technik Informationen und Meinungen verbreitet, gibt es keine demokratisch legitimierte Verfügung. Ob die moderne Technik zum Segen oder zum Fluch für die Menschen wird, darüber hat auch im Pressewesen nicht der Betroffene, der Arbeiter und Angestellte, der Verbraucher - hier Leser - zu bestimmen. Ob diese Technik der Information oder Meinungsmanipulation der Völkerverständigung oder der Völkerhetze dient, bestimmt allein der Konzernherr.

Die Presse hat zwar eine öffentliche Funktion, ihre Verfügungsgewalt liegt bei uns jedoch in privater Hand. Das ist der Widerspruch. Sie ist auf kommerziellen Gewinn und politischen Einfluß eines einzelnen oder einer kapitalstarken Gruppe gerichtet.

Jetzt will der Springer-Konzern einige Publikumszeitschriften an andere finanzstarke Verlagsgruppen verkaufen. Sie werden aus dem mächtigsten Konzern aus und in andere mächtige Unternehmen eingegliedert. Aber die Verfügungsgewalt über sie liegt noch immer bei einigen reichen Unternehmern; die Betroffenen - Redakteure, Setzer und Drucker, Leser - wurden und werden nicht gefragt. Von Demokratie und Mitbestimmung keine Spur.

Im Übrigen will er anderweitig expandieren: "Er will sich in erster Linie der Weiterentwicklung und Modernisierung der ihm gehörenden Tages-, Sonntagszeitungen und der Funk- und Fernsehzeitschriften zuwenden", meldet BILD.

Zum zweiten: "Wenn es um die Verhinderung von Krieg und Bürgerkrieg geht, dann muß das Eigentum weichen", schreibt Sebastian

Haffner in einem Plädoyer für die Enteignung Springers. "Die Frage der Enteignung Springers würde sich auch dann stellen, wenn er nur ein einziges Blatt herausgäbe." Nicht der Umfang des Konzerns, sondern sein Mißbrauch ist der Grund für diese Forderung - Mißbrauch durch Völkerhetze, durch Verständniserwerb für "begrenzte Kriege" und demokratiefeindliche Notstandsgesetze, durch Antikommunismus, Revanchismus, durch Volksverhetzung, Diffamierung demokratischer Minderheiten.

Diesen Mißbrauch zu unterbinden, liegt im allgemeinen Interesse. Artikel 14 des Grundgesetzes lautet: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig." Also Entmachtung Springers, wenn's sein muß durch Enteignung!

Die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit, zeigten bisher wenig Neigung, etwas gegen den Konzern zu unternehmen. Denn politische Macht für die großen Wirtschaftsbesitzer gehört zu diesem Staat. Und die politische Konzeption Springers entspricht der der Bundesregierung, Deshalb stellte sich der Bundesinnenminister schützend vor Springer: "Das Grundrecht der Pressefreiheit ist in der Bundesrepublik nicht bedroht."

Es wird erst dann etwas von Springers unkontrollierter Macht genommen, wenn auch auf die Abgeordneten der Druck der Demokraten wächst, wenn diese Demokraten andererseits selbst aktiv bleiben Demonstrationen gegen Lüge und Hetze, Entlarvung durch "Gegenzeitungen", Unterstützung demokratischer progressiver Zeitungen und Zeitschriften, öffentliche Aufklärung über die Gefahr der konzentrierten Presse.

Es muß klargemacht werden, daß Mitbestimmung auch in großen Presseunternehmen notwendig ist und daß nicht mehr einer allein bestimmen soll, was geschrieben werden darf. Dazu reicht es nicht aus, in dem Ruf "Enteignet Springer" bereits ein vollständiges Alternativprogramm zum gegenwärtigen Zustand zu sehen und die Aktionen in der zeitweiligen Behinderung der Springer-Blättern erschöpfen zu lassen. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um Springers Macht zu brechen.

Aus diesem Grund haben Jugendleiter, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Publizisten gemeinsam die Initiative zu einer Petition an den Bundestag und die Länderparlamente ergriffen. Sie wollen bei der Unterschriftensammlung für diese Petition die breite Diskussion über die Notwendigkeit der Entmachtung Springers führen. Wer diese Petition unterstützen möchte, schreibe, dem Autor.

Ulrich Sander

Killer für 15 Pfennig

FORTSETZUNG VON SEITE 27

und H. G. von Studnitz. Sie sind die Diener der Springer-Konzeption, wie er sie am 4. 5. 1966 in "Newsweek" formulierte: "Ich halte mich für einen Verbündeten derjenigen, die versuchen, Ulbrichts Stacheldraht und Maschinengewehre zu trotzen, genau so wie derjenigen, die tausend Meilen von ihrem Zuhause gegen die Vietkong kämpfen."

Bei dieser Konzeption und mit diesen Methoden der Herrschenden kann das Springerwort Wahrheit werden: "In absehbarer Zeit werden wir erleben, daß selbst in Städten mit einer Einwohnerzahl von einer halben Million nur noch eine einzige Tageszeitung existenzfähig ist. Mehr als den Lebensunterhalt für eben diese Zeitung wird der Markt nicht hergeben. Nicht die Anzeigenkunden und nicht die Leser." Es fällt nicht schwer zu ahnen, aus weichem Hause diese eine Zeitung kommen soll.

Merke: "Die Verfassung garantiert die Freiheit, zu veröffentlichen, nicht jedoch die Freiheit, sich zusammenzuschließen und andere am Veröffentlichen zu hindern." (Urteil des Obersten Gerichtes der USA.) Bei uns steht ein solch klares Urteil noch aus. Die Aktionen gegen die unkontrollierte Machtfülle Springers und seine lebensgefährliche Politik hatten zu Ostern ihren Höhepunkt erreicht. Es deutet alles darauf hin, daß die Kette der Aktionen nicht abreißen wird.

Wer ist der Mann, von dem Rudolf Augstein schreibt, er habe so viel Macht in Deutschland angehäuft wie kein einzelner Mann vor Hitler und seit Hitler, Bismarck und die beiden Kaiser ausgenommen? Wie kam er zu der Macht, die sich heute im Anteil von 39 Prozent der gesamten westdeutschen Tages- und Wochenpresse manifestiert? In einem differenzierten Instrumentarium für Beeinflussung der gesamten Bevölkerung:

- die Hamburger und Westberliner Lokalpresse (jeweils 69 Prozent der Auflage in diesen Städten,
- die aktuellen Sonntagszeitungen (89 %),
- die überregionale Tageszeitungsaufgabe (89 %),

Für jeden hat er etwas parat: für die "Anspruchsvolleren die "Welt", für die ganze Familie die Hamburger und Berliner Lokalzeitungen und "Hör Zu", für Sportfans "Kicker". Und immer und für alle: "BILD". Auch sonntags sind "Welt" und "BILD" dabei.

Wenn im Lebenslauf Axel Springers geblättert wird, halten auch die kritischen Publizisten hierzulande durchweg inne bei

der Stunde null: 1945. Da ist dann von dem tüchtigen Geschäftsmann die Rede, dem genialen Selfmade-man, ohne großem Vermögen und Einfluß, allein mit dem Pfund eines gesunden typographischen Mittelbetriebes im heimischen Altona wuchernd. Jedoch die Axel-Springer-Story beginnt lange vor dem Jahr 1945. Sie beginnt, als er die Bekanntschaft hanseatischer Industrieller und NS-Größen sucht und findet, als er - der vom Wehrdienst Befreite - den väterlichen Betrieb zu einer führenden Nazi-Druckerei der Stadt ausbaute und seinen Verlag für die Herausgabe erbaulicher völkischer Soldaten-Traktätchen bereitstellte. Es ist auch schwer, den großen Freund der Juden von dem Anhänger militaristischer Abenteuer Israels zu unterscheiden, der er was eine Dokumentation des DDR-Fernsehens ans Licht brachte, nämlich daß sein Opportunismus Springer soweit trieb, sich 1936 von seiner jüdischen Frau zu trennen und ihr Vermögen später im Wechselkurs eins zu hundert zu vergüten.

1945 erwies es sich dann als nützlich, daß Springers Vertrauensverhältnis zu den bis dato Führenden nicht mit organisatorischen Bindungen gepaart war, wenn man einmal von dem Schönheitsfehler einer NSKK-Uniform absieht. Er gehörte von der Stunde null an zum Establishment, gestärkt von der alten und neuen Freunde materieller und ideeller Hilfe. (Die Frankfurter "Tat", berichtete im Mai 1968 darüber.) Und er ist von Beginn seiner nunmehr sehr stellen Karriere an ein treuer Sachwalter der Restauration. Steuergelder, so berichtet die Gewerkschaftszeitung "Metall", haben seinen Aufstieg mitfinanziert, der laut einem Ausspruch des Verlegers aus dem Jahre 1959 unter dem Vorzeichen begann, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken"; darauf habe er seine Zeitungen eingestellt.

Daß dieses "Einstellen" nicht gleichzusetzen war mit unpolitischen Publikationen, sondern vielmehr mit solchen, die den zutiefst von der Politik enttäuschten deutschen Leser in seinen antikommunistischen Grundfesten nicht erschütterten, im Gegenteil diese verstärkten, kann heute als bewiesen angesehen werden. Springer ist nicht "erwählt" von seinen Lesern, wie er gern sagt, sondern er ertet, wo andere gesät haben. Er hegt und pflegt im alten Geiste.

Er benötigt den Volksfeind: der Kommunismus ohnehin und heute auch jene, die den Antikommunismus satt haben.

In seinen Stunden der Wahrheit, die ihn immer wieder überkommen, trifft er in entwaffnender ehrlicher Naivität oft den wahren Kern seiner Funktion. So auch am 8. Februar dieses Jahres im Zweiten Deutschen Fernsehen unter Hinweis auf August Scherl, Hugenberg, Ullstein und den NS-Verlag Franz Neher Nf.: "Ich glaube, es hat immer Zeitungshäuser gegeben, die

Epochen begleitet haben. Heute würde ich sagen, daß dieses Ullstein-Springer-Haus zur Symbolfigur der Bundesrepublik gehört." "Symbolfigur der Bundesrepublik", das ist treffend gesagt. Gegenüber dieser Bundesrepublik verhalte er sich "staatsloyal", wie er ein andermal betonte. Und dementsprechend ist auch seine eigenwillige Auffassung von Pressefreiheit und Unabhängigkeit seiner Redaktionen beschaffen: Die Redaktionen, ansonsten ungegängelt, müßten "zwischen vier Pflöcken" arbeiten, als da sind:

- Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung; "Hinzukommen der 17 Millionen Mitteldeutschen zur Wohlstandssphäre der Bundesrepublik".
- Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden (sprich: Unterstützung der israelischen Regierungspolitik).
- Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus (entsprechend der gängigen westdeutschen Totalitarismus-Definition).
- Bejahung der sozialen Marktwirtschaft; "nur Verbrecher, Narren oder Utopisten können bereit sein, das System der freien Marktwirtschaft ... auszutauschen".

Wen wundert es angesichts dieses Programms, daß das herrschende Großkapitel seinem Chefpropagandisten dankt, indem es seine Interpretation von Pressefreiheit unterstützt?

Der Arbeitgeberkongreß in Bad Godesberg forderte im Dezember 1967 (laut "Der neue Vertrieb"): 1. "das freie Unternehmertum ist an freien, wirtschaftlich starken und unabhängigen Zeitungen interessiert", 2. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Vielgestaltigkeit der Presse dürfen die "Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung und des freien Wettbewerbs nicht antasten"; 3. Einschränkung der "Wettbewerbsverzerrungen" zwischen den privatwirtschaftlichen Tageszeitungen und dem Rundfunk; 4. "Recht auf private Betätigung im Bereich von Hörfunk und Fernsehen".

Dem "staatsloyalen" Axel Cäsar sind auch Regierungen und Bundesparteien zugetan. Nicht nur, daß sie nie etwas gegen seine bedrohliche, durch nichts kontrollierte und von niemand legitimierte Machtfülle unternehmen haben. Wenn etwa jugendliche Demonstranten von ihrem Recht auf Meinungsäußerung Gebrauch machen und durch Sitzstreiks vor Springer-Häusern die Verbreitung der Volksverhetzung unterbinden wollen, dann entscheiden sie schnell und schicken die Polizei. Sie überlassen es nicht dem Verleger, etwa gegen die Demonstranten wegen Geschäftsschädigung zu klagen; das ist nicht nötig in einem Staat, in dem das "Recht" Springers, mit Lügen auch noch Profit zu machen, als unumstößliches Rechtsgut behandelt wird, dem das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung des Bürgers unterzuordnen ist.

Stoppt den Springer-Terror!



-Sprache

- "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt! ... Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen." (BILD, 7.2.1968)

- "Eine radikale Minderheit probt den Aufstand Sie schrecken auch vor dem Kruzifix als Schlagwerkzeug nicht zurück." (BILD, 16.4.1968)

- "Schlag die Weißen tot!" (angeblicher Ausspruch eines Negerführers als Schlagzeile in BILD, 26. Juli 1967.)

- "Wir wollen keine Italiener mehr!" (BILD-Schlagzeile, 1966)

- "Ein langer Streik - und wir sind pleite. Das deutsche Wirtschaftswunder ist wirklich in Gefahr." (BILD zum Metallarbeiterstreik, 29. 4. 1963)

- "Ich werde mir die persönliche Freiheit nehmen, der Mitbestimmung sehr kritisch gegenüberzustehen. Und zwar ... weil die Gewerkschaften schon genug Macht haben." (BILD-Chef Peter Boenisch in BILD AM SONNTAG, vom 21.4.1968.)

- "Das war keine politische Demonstration. Es war das Werk eines Mobs. Ihm ging es nur um Krawall, um Unruhe, um Prügel. Um Terror." (BZ am 3.6.1967, nach den Anti-Schah-Demonstrationen, bei der ein Polizist (!) den Studenten Ohnesorg erschoss, nicht umgekehrt.)

- "Seht euch doch diese Typen an!" (BZ, 12.2.68)

- "Was geschieht, wenn 'unsere Araber' - Ulbrichts Volksarmee oder die Tschechen oder die Polen oder alle drei - die Bundesrepublik angreifen? Sind unsere 'Starfighter' . . . in der Lage, in einem begrenzten Krieg unseren Luftraum zu schützen und einen möglichen Gegner schon am Boden zu vernichten?" (BILD, 14. 6. 67)

- "Das Leben in der DDR ist die Hölle." (Erlogenes Zitat von Arnold Zweig, Berliner Morgenpost, 9. 9. 67)

- "Und auf Ulbricht schießt keiner." (BILD nach dem Attentat auf John F. Kennedy, 25.11.1963.)

- "Vergeltung! Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen" (BILD zu den Paßbestimmungen der DDR, 19. 6. 68)

- "Es ist noch kein Mittel gegen Krebs gefunden. Aber es wird weiter gesucht. Die Menschen sind gegen Krebs. Nichts anderes ist Anti-Kommunismus." ("Weit", 26. 11. 1967)